

Muster-Antrag
Förderung nach § 14 ÖPNVG NRW

(Datum)

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
Förderung nach § 14 ÖPNVG NRW

1. Antragsteller

Straße und Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
e-Mail-Adresse	
Auskunft erteilt (Name, Telefon)	Telefax
IBAN	BIC
Name und Sitz des Kreditinstitutes	

2. Maßnahme

___ Förderung der Personal- und Sachausgaben für das
Kompetenzcenter _____

(ausführliche Projektbeschreibung siehe Anlage)

___ Förderung folgender Maßnahme zur Verbesserung der Qualität, der Sicherheit und des
Services im ÖPNV:

(ausführliche Projektbeschreibung siehe Anlage)

___ Förderung zum pauschalen Ausgleich der Organisationsausgaben für den/die
Bürgerbusverein/e _____, in dem der
jeweilige Gemeinschaftstarif und der landesweite Tarif nach § 5 Abs. 3 ÖPNVG nicht*
angewendet oder anerkannt wird.

___ Erstbeschaffung eines Bürgerbusfahrzeuges mit spezieller Vorrichtung für die
Aufnahme von Rollstühlen* / mit Niederflurbereich * /mit alternativem Antrieb (z. B. Erd-
gas- oder Hybridantrieb)* - für das
Bürgerbusvorhaben _____, in dem der jeweilige
Gemeinschaftstarif und der landesweite Tarif nach § 5 Abs. 3 ÖPNVG nicht* angewendet
oder anerkannt wird.

___ Ersatzbeschaffung eines Bürgerbusfahrzeuges mit spezieller Vorrichtung für die
Aufnahme von Rollstühlen* / mit Niederflurbereich * /mit alternativem Antrieb (z. B.
Erdgas oder Hybridantrieb)* - für das Bürgerbusvorhaben _____.,
in dem der jeweilige Gemeinschaftstarif und der landesweite Tarif nach § 5 Abs. 3 ÖPNVG
nicht* angewendet oder anerkannt wird. Das Altfahrzeug soll verkauft/ als Reservefahrzeug
für mindestens zwei Jahre weiter eingesetzt* werden.

___ Förderung folgender sonstiger Maßnahme im besonderen Landesinteresse:

(ausführliche Projektbeschreibung siehe Anlage)

Durchführungszeitraum (von/bis)

3. Gesamtkosten

Laut Anlage bzw. beiliegendem Kostenvoranschlag / Angebot (entfällt bei Förderung zum
Ausgleich der Organisationsausgaben)

_____ Euro

Beantragte Zuwendung

_____ Euro

4. Finanzierungsplan - Angabe in EUR - (entfällt bei Förderung zum Ausgleich der Organisationsausgaben)

Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)				
Jahr				Bemerkungen
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)				
4.2 Eigenanteil				
4.3 Leistungen Dritter				ohne öffentliche Förderung
4.4 Verkaufserlös für Altfahrzeug Bürgerbus				Schätzung
4.5 Beantragte Zu- wendung				

5. Begründung

Zur Begründung der beantragten Förderung
 - für das Kompetenzcenter
 - für die Maßnahme zur Verbesserung der Qualität, der Sicherheit und des Services
 wird auf die Anlage verwiesen.

___ Die Förderung wird an den/die o.g. Bürgerbusverein/e zum Ausgleich der dort entstehenden Organisationsausgaben weitergeleitet.

___ Die Erstbeschaffung eines Bürgerbusfahrzeuges ist für die Aufnahme des Betriebs erforderlich. Nach dem beigefügten Fahrplan ist eine jährliche Betriebsleistung von _____ km zu erwarten.

___ Das bisher eingesetzte Bürgerbus-Fahrzeug ist am _____ erstzugelassen und wird bis zum ___20__ eine Laufleistung von voraussichtlich _____ km erreichen.

6. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

___ mit der Maßnahme (Ausnahme: Förderung Organisationsausgaben Bürgerbusvereine, Förderung Kompetenzcenter) noch nicht begonnen wurde und auch vor Erteilung des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzuordnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten),

___ die Voraussetzungen der Verwaltungsvorschriften zu § 14 ÖPNVG NRW vorliegen,

___ er zum Vorsteuerabzug ___ berechtigt/ ___ nicht berechtigt* ist und dies bei den Angaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),

— ihm bekannt ist, dass die beantragte Zuwendung nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) und den Verwaltungsvorschriften zum ÖPNVG NRW und zu § 44 Landeshaushaltsordnung gewährt würde. Die Angaben in diesem Antrag (einschließlich aller Antragsunterlagen), von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, sind subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetz vom 24.03.1977 (SGV. NRW. 73) sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034).

— **die Zuwendungen**

a) nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und

b) die Antragstellerin oder der Antragssteller keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt.

Ort/Datum

Unterschrift(en)

Anlagen

- Projektbeschreibung und Kostenaufstellung für das Kompetenzzentrum
- Projektbeschreibung und Erläuterung der vorgesehenen Ausgaben für die Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität, der Sicherheit und des Services im ÖPNV
- Bei Neugründung Bürgerbusverein, Protokoll der Gründungsversammlung, Satzung des Bürgerbusvereins, Erklärung zur Defizitübernahme gem. Nr. 2.3.3 der Verwaltungsvorschriften zu § 14 ÖPNVG NRW
- Kostenvoranschlag/Angebot *
- Fahrplanentwurf (Erstbeschaffung Bürgerbusfahrzeug) *
- Liste der eingesetzten Bürgerbusfahrzeuge *

* Nicht Zutreffendes streichen